

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 10. April 1961

Blatt 597

Bürgermeister Franz Jonas:

100 Jahre Wiener Gemeinderat  
=====

10. April (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas, Sonntag, den 9. April, über das 100jährige Bestehen des Wiener Gemeinderates.

Vorher führte der Bürgermeister aus, daß die günstigen Auswirkungen der neuen Straßenverkehrsordnung weiter anhalten. Die vorläufigen Ergebnisse im März dieses Jahres besagen, daß bei Verkehrsunfällen in Wien nur drei Tote zu verzeichnen waren. Diese Zahl kann sich allerdings noch ändern, wenn der eine oder andere Schwerverletzte innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall sterben sollte. Wie groß der Erfolg ist, zeigt ein Vergleich mit März 1960. Damals sind 24 Menschen durch Verkehrsunfälle ums Leben gekommen. Dabei muß man bedenken, daß heuer rund 25.000 motorisierte Fahrzeuge mehr im Verkehr sind als im vergangenen Jahr. Diese Zahlen sind ein neuerlicher Appell an jeden Verkehrsteilnehmer, sich freiwillig auch der strengsten Verkehrsdisziplin zu unterwerfen. Es könnte das eigene Leben sein, das er damit rettet.

Aus einem besonderen Anlaß habe ich ausnahmsweise vor, Sie dieses Mal in die Vergangenheit zu entführen. Heute vor hundert Jahren, am 9. April 1861, trat der neugewählte Wiener Gemeinderat zusammen und damit begann die Periode der Selbständigkeit und der Selbstverwaltung unserer Stadt. Es war, wie wir heute wissen, ein denkwürdiges Ereignis, das den ersten Schritt zur Entwicklung einer selbständigen Kommunalpolitik in Österreich bedeutete.

./.

Die Ursachen, die zu diesem Ereignis führten, lagen mehr als ein Jahrzehnt zurück. Im Jahre 1848, als in Wien die Arbeiter, die Bürger und Studenten gegen den reaktionären Polizeistaat des Staatskanzlers Metternich auf die Barrikaden stiegen, kämpften sie für Gewissensfreiheit, für die Vereins- und Versammlungsfreiheit, für die Pressefreiheit und für die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre. Es wehte ein frischer Wind in Österreich! Nicht nur die Bauernbefreiung war reif zur Verwirklichung, sondern auch das Recht der Gemeinden auf Selbständigkeit und Selbstverwaltung. Der wachsende Stolz des städtischen Bürgertums wollte die kleinliche Bevormundung durch den Obrigkeitsstaat nicht mehr ertragen. Wohl wurde sechs Monate später die Revolution militärisch niedergeschlagen. Ihre ersten Erfolge wurden wieder beseitigt, aber einige unabwendbare Forderungen mußten dennoch erfüllt werden. So kam es im Jahre 1850 zu einer provisorischen Gemeindeordnung, die aber dann nicht angewendet wurde, weil die Reaktion wieder mit voller Wucht einsetzte. Die Folgen blieben nicht aus. Die innenpolitische Lage Österreichs wurde immer schlechter, das Volk ließ sich nicht mehr mit Zensur und Polizei regieren, der Staat wurde innerlich morsch und hohl. Als dann gar im Jahre 1859 Österreich von den verbündeten Franzosen und Italienern bei Magenta und Solferino besiegt wurde, war die Zeit für gründliche Staatsreformen gekommen. Die Forderung nach der Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden konnte nicht mehr überhört werden, die provisorische Gemeindeordnung aus dem Jahre 1850 wurde wieder voll in Kraft gesetzt, die Bevormundung und Reglementierung hatten ein Ende, die Selbstverwaltung der Landtage war wieder hergestellt. Es ist deshalb kein Zufall, daß heuer nicht nur der Wiener Gemeinderat sein hundertjähriges Jubiläum feiert, sondern daß zum Beispiel die Landtage von Oberösterreich und Vorarlberg ihren hundertjährigen Bestand gerade vor drei Tagen feierten, und das Land Salzburg am 15. Mai seiner hundertjährigen Selbständigkeit und Selbstverwaltung gedenken wird.

Obwohl unsere Generation zu diesen damaligen Ereignissen keine Beziehung mehr hat, können wir uns doch vorstellen, daß es schon wichtige und große Veränderungen waren, die eine neue Epoche Österreichs einleiteten. Allerdings dürfen wir die damaligen Verhältnisse nicht mit dem Maßstab von heute messen. Wenn am

9. April 1861 die neugewählten 120 Mitglieder des Gemeinderates im Alten Rathaus zu ihrer ersten Sitzung zusammentraten, so war das noch lange nicht ein demokratisches Ereignis im heutigen Sinne. Denn von den 550.000 Wienern, die es damals gab, hatten nur 18.000 ein Wahlrecht. Wir dürfen nicht vergessen, daß das allgemeine Wahlrecht und das Frauenwahlrecht erst nach dem ersten Weltkrieg eingeführt wurden. Vor hundert Jahren waren eben nur jene männlichen Wiener wahlberechtigt, die aus Haus- und Grundbesitz oder aus gewerblicher Betätigung ein so hohes Einkommen hatten, daß sie viel Steuern zahlten. Alle Wiener, deren Einkommen so gering war, daß sie gar keine Steuer oder weniger als zehn Gulden zahlten, waren vom Wahlrecht ausgeschlossen. Es herrschte das sogenannte Kurienwahlrecht, das dazu führte, daß in der ersten Kurie nur 73 Stimmen für ein Mandat notwendig waren, in der zweiten Kurie, für die Wähler mit etwas geringerer Steuerleistung, waren bereits 114 Stimmen, und in der dritten Kurie, in der die Steuerleistung bis auf zehn Gulden absank, waren gar 270 Stimmen für ein Mandat notwendig. Wenn man also hört, daß nur die vermögenden Wiener das Wahlrecht hatten, kann man sich ungefähr vorstellen, wie der neue Gemeinderat zusammengesetzt war. 78 von 120 Mitgliedern waren Unternehmer aus Industrie, Handel und Gewerbe oder Hausbesitzer.

Wenn man die damalige Zeit richtig verstehen will, muß man sich in Erinnerung rufen, wie Wien ausgeschaut hat und unter welchen Bedingungen die Menschen gelebt haben. So ein Rückblick ist für uns ganz interessant, weil es sich um jene Zeit handelt, die von manchen Leuten als die "gute alte Zeit" bezeichnet wird. Vor allem wollen wir festhalten, daß das damalige Wien nur einen Flächeninhalt von 5.540 Hektar hatte, und das Gebiet der Bezirke eins bis acht umschloß. Das Wien von heute ist mehr als siebenmal so groß, es hat einen Flächeninhalt von 41.409 Hektar. Die damalige Bevölkerung zählte 550.000 Einwohner, die jetzige ist ungefähr dreimal so groß und hat 1.670.000.

Wie schaute es sonst aus im damaligen Wien? Wohl waren die Festungsmauern bereits gefallen, aber von der geplanten Ringstraße, die die Prachtstraße des modernen Wien werden sollte, war noch nicht viel vorhanden. Sie wurde erst im Jahre 1865 eröffnet. Das gleiche Jahr brachte den Beginn des Großstadtverkehrs nach

damaligen Begriffen, es wurde die neue Pferdestraßenbahn vom Schottentor nach Hernals in Betrieb genommen. Von den vielen Prachtbauten, die die Ringstraße säumen sollten, war noch keine Spur vorhanden. Die Oper wurde erst 1869 eröffnet, im Jahre 1883 folgten das Rathaus und das Parlament, die Universität wurde 1884 eröffnet und das Burgtheater 1888. Das Naturhistorische und das Kunsthistorische Museum folgten in den Jahren 1889 und 1891. Sie sehen also, daß die Ringstraße eine Bauzeit von mehr als 30 Jahren benötigte.

Die ständige Sorge der Wiener Bevölkerung wegen der Hochwassergefahr wurde mit der Fertigstellung der Donauregulierung im Jahre 1875 beseitigt. Im gleichen Jahre wurde die Drahtseilbahn auf die Sofienalpe eröffnet, ein Ereignis, von dem heute keine Spuren mehr zeugen.

Der Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung war nicht gut. Unter anderem auch deshalb, weil der Wasserbedarf nur mit ungenügendem und manchmal unhygienischem Brunnenwasser befriedigt werden konnte. Die erste Hochquellenwasserleitung aus dem Rax-Schneeberg-Gebiet gab es damals noch nicht, sie wurde erst 1873, die zweite Hochquellenleitung aus dem Hochschwabgebiet wurde 1910 in Betrieb genommen. Aber auch sonst gab es genug andere Ursachen, die das Leben der Wiener erschwerten und verkürzten. Die Statistiken aus dieser Zeit lassen Zustände ahnen, die für unsere heutigen Begriffe unvorstellbar sind. Wie niedrig der damalige Lebensstandard war, können wir ermessen, wenn wir hören, daß jeder vierte Wiener als Untermieter oder Bettgeher bei fremden Familien schlief. Wir hören, daß die Kindersterblichkeit 25 Prozent betrug, während sie jetzt nur mehr vier Prozent ausmacht und noch immer als zu hoch bezeichnet wird. Die Tuberkulose war zu einer typischen Armeleutekrankheit geworden, man nannte sie die Wiener Krankheit. Die Hilfsarbeiter erreichten ein Durchschnittsalter von nur 33 Jahren. Das alles darf uns nicht wundern, denn der Arbeitstag dauerte 15 bis 16 Stunden, auch sonntags mußte gearbeitet werden. Das freie Wochenende oder gar der Urlaub waren völlig unbekannte Begriffe. Schwere körperliche Arbeit für Frauen und Jugendliche, sogar für Kinder, war damals gang und gäbe. Wenn jemand arbeitslos oder krank wurde, war er mit seiner Familie sofort dem Elend preisgegeben, denn es gab keine Krankenversicherung und keine Arbeitslosenversicherung.

Mit dem Familienleben der Wiener sah es in der "guten alten Zeit" ebenso schlecht aus, wie mit den Wohn- und Arbeitsverhältnissen. Die schlechten sozialen Bedingungen brachten es mit sich, daß ein Drittel aller Kinder aus unehelichen Verhältnissen stammte. Kurz und gut, alles was heute die Arbeiter und Angestellten vom sozialen Fortschritt als selbstverständlich erwarten, ob es nun der Schutz bei Krankheit und Arbeitslosigkeit ist, die Schutzvorschriften gegen Berufsunfälle oder Berufskrankheiten, oder die Sicherung des Alters, war damals völlig unbekannt. Bestenfalls träumte man davon. Alles mußte erst in jahrzehntelangen schweren Kämpfen errungen werden. Es ist also eine falsche Romantik, wenn man von der "guten alten Zeit" spricht, der man keine Träne nachweinen muß! Das Wien von heute hat ein ganz anderes, ein menschliches Gesicht, obwohl es die Katastrophen zweier Weltkriege überwinden mußte.

Die Wechselfälle der Entwicklung haben der Stadt in den vergangenen Jahrzehnten manche Veränderung beschert. Im Jahre 1890 wurden 40 Vororte eingemeindet, im Jahre 1904 kamen Floridsdorf und einige benachbarte Gemeinden zu Wien. Aber dann kam der erste Weltkrieg, Österreich-Ungarn zerfiel und die Zweimillionenstadt Wien wurde die Hauptstadt eines kleinen und armen Gebirgslandes. Man spottete über den "Wasserkopf Wien" und prophezeite, daß am Stephansplatz bald Gras wachsen werde. Die Wiener ließen sich aber nicht beirren und arbeiteten unverdrossen weiter.

Im Jahre 1922 erhielt die Stadt ihren besonderen staatsrechtlichen Charakter. Sie wurde eines der neun österreichischen Bundesländer und ist seither Gemeinde und Land zugleich. Ins Rathaus waren neue Männer und neue Ideen eingezogen. Wiens soziale Leistungen gaben der Stadt ein neues Gesicht. Die Wiener Kommunalpolitik galt in der ganzen Welt als Vorbild. Diese Blütezeit war leider von **kurzer** Dauer, Weltwirtschaftskrise und Faschismus machten die Wiener wieder arm. Der freigewählte Gemeinderat wurde mit Gewalt aufgelöst. Im Ständestaat Österreich war das Recht der Unabhängigkeit und der Selbstverwaltung der Gemeinden neuerlich zerstört. Wien verlor seine Doppelstellung als Gemeinde und Land. Der Gemeinderat wurde ohne Befragung der Wähler von oben eingesetzt. In der nationalsozialistischen Zeit wurden ohne Befragung der Bevölkerung 97 niederösterreichische Gemeinden nach

Wien einverleibt, die nach dem Kriegsende wieder selbständig werden sollten. Das war eine langwierige Prozedur, weil die hierfür notwendigen Gesetze nicht die einstimmige Genehmigung der Besatzungsmächte fanden. Erst 1954 konnten 80 Gemeinden aus dem Verband der Großstadt Wien ausscheiden und wieder ein eigenes Gemeindeleben führen. Die anderen 17 verblieben bei uns. So ist Wien in seinem heutigen Umfange und seiner heutigen Bevölkerungszahl entstanden.

So reich bewegt war die Geschichte unseres Gemeinwesens in den vergangenen hundert Jahren. Aber so unwahrscheinlich es klingen mag: die Probleme der Selbstverwaltung und Selbständigkeit der österreichischen Gemeinden sind noch immer nicht zur Gänze gelöst. Weil die Bundesverfassung im Jahre 1920 einige wichtige Bestimmungen, die die Stellung der Gemeinden betreffen, nicht erlassen hat, gilt noch das Reichsgemeindegesezt von 1862. Um nun doch die demokratischen Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden zu verwirklichen, hat eine eigene Kommission des Österreichischen Städtebundes in jahrelanger Arbeit den Entwurf für eine Verfassungsnovelle ausgearbeitet, mit der die längst fällige Ergänzung der Bundesverfassung zu Gunsten des Gemeinde-rechtes vorgenommen werden soll. Dieser Entwurf wurde erst vor kurzem vom Österreichischen Städtebund und vom Österreichischen Gemeindebund der Regierung zur Vorlage an den Nationalrat übermittelt.

Ich weiß, daß ich heute Ihre Geduld sehr in Anspruch genommen habe. Man kann aber die Gegenwart nur dann verstehen, wenn man auch die Vergangenheit kennt. Da es sich überdies um die Vergangenheit unserer eigenen Heimat, unserer Stadt Wien, handelt, müssen wir uns gerade am heutigen Tage, da der Wiener Gemeinderat seinen hundertjährigen Bestand feiert, mit der Entwicklung auseinandersetzen. Und wie Sie soeben gehört haben, ist dieser hundertjährige Prozeß noch gar nicht abgeschlossen, denn die Vollendung des wirklichen demokratischen Rechtes für die Gemeinden ist noch ausständig. Der heutige Tag ist der beste Anlaß, den Nationalrat auf diese Aufgabe aufmerksam zu machen. Erst wenn die Rechte der österreichischen Gemeinden gesichert sind, werden sie mit ihren freien und verantwortungsbewußten Bürgern die gesunden Zellen des freien Staates bilden.

Bürgermeister Jonas empfing Amtskollegen aus Toronto  
=====

10. April (RK) Der Bürgermeister der kanadischen Stadt Toronto Nathan Phillips, der zu einem kurzen Besuch in Wien weilt, kam heute mittag in das Wiener Rathaus. Bürgermeister Jonas empfing den kanadischen Amtskollegen, der mit seiner goldenen Bürgermeister-Kette erschienen war, im Arbeitszimmer. Zur Erinnerung an den Wiener Aufenthalt überreichte Bürgermeister Jonas an Bürgermeister Phillips das große Wien-Buch.

- - -

Amtseinführung von drei neuen Primärärzten  
=====

10. April (RK) Stadtrat Riemer nahm heute vormittag zusammen mit Stadtrat Dr. Glück die Amtseinführung von drei neuen Primärärzten vor. Im Lainzer Krankenhaus wurde Prof. Dr. Josef Froewis als neue Primarius der Gynäkologischen Abteilung in sein Amt eingeführt; im Wilhelminenspital wurde Dr. Hugo Schorsch Primarius der Gynäkologischen Abteilung und Dozent Dr. Walter Lindemayr Primarius der Dermatologischen Abteilung.

- - -

Ausstellung von Schülerarbeiten  
=====

10. April (RK) In der städtischen Lehranstalt für hauswirtschaftliche Frauenberufe im 9. Bezirk, Hahngasse 35, ist noch in dieser Woche eine Ausstellung von Schülerarbeiten zu sehen. Die Schüler der dreijährigen Hauswirtschaftsschule und der Haushaltungsschule wollen damit zeigen, was sie gelernt haben. Die Ausstellung ist Freitag, den 14. April, von 11 bis 18 Uhr, Samstag, den 15. April, von 9 bis 18 Uhr und Sonntag, den 16. April, von 9 bis 13 Uhr zugänglich.

- - -

Bürgermeister Jonas eröffnete das neue Pädagogische Institut  
=====

Wiens Lehrer haben die modernste Fortbildungsstätte

10. April (RK) Bürgermeister Jonas übergab heute vormittag im Beisein von vielen prominenten Persönlichkeiten das neugestaltete Pädagogische Institut der Stadt Wien seiner Bestimmung. Dem feierlichen Akt im Großen Hörsaal des Instituts wohnten Bundesminister Dr. Drimmel mit leitenden Beamten des Unterrichtsministeriums bei. Seitens des Stadtsenates waren mit Bürgermeister Jonas Vizebürgermeister Slavik, Vizebürgermeister Mandl, die Stadträte Maria Jacobi, Koci, Lakowitsch, Riemer, Schwaiger und Sigmund sowie Magistratsdirektor Dr. Kinzl erschienen. Außerdem hatten sich Landtagspräsident Marek und Stadtschulratspräsident Nationalrat Dr. Neugebauer eingefunden. Der Direktor des Pädagogischen Institutes Dr. Schnell konnte unter den Festgästen auch mehrere Mitglieder des Nationalrates und des Wiener Gemeinderates sowie Vertreter der Lehrerschaft, darunter die Leiter der Pädagogischen Institute der Bundesländer begrüßen. Er dankte der Stadtverwaltung im Namen des Instituts für ihre Bemühungen, aus dem Wiener Pädagogischen Institut, das zu den ältesten Einrichtungen dieser Art auf dem europäischen Kontinent zählt, ein modernes Zentrum der Lehrerfortbildung zu machen. Sein besonderer Dank galt Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Mandl für ihren regen Anteil an der Neugestaltung des Hauses.

Stadtschulratspräsident Nationalrat Dr. Neugebauer gab seiner Freude über die gelungene Erneuerung des Objektes Ausdruck. Die Neugestaltung des Institutes, sagte er, bietet die besten Bedingungen für die Arbeit der Lehrer. In einem Rückblick auf die Entwicklung des Instituts, die mit der Gründung des "Lehrer-Pädagogiums" im Jahre 1867 begonnen hat, verwies er auf die erfolgreiche Arbeit, die seither geleistet wurde, vor allem in der Zeit der Wiener Schulreform nach dem ersten Weltkrieg. Otto Glöckels Ausspruch, daß man eine Schulreform nicht diktieren könne und daß sie den Lehrern Freude bereiten soll, hat noch heute volle Geltung. Der rasche Wandel der Zeit, sagte er, stellt den Lehrern immer neue Aufgaben und das Institut soll ihnen dabei helfen. Er stellte fest, daß der Studienbetrieb im Institut unter



Mitwirkung hervorragender Pädagogen sich sehr intensiv gestaltet, wie aus der Zahl der Vorlesungen, Seminare, Vorführungen und anderer Veranstaltungen, aber auch aus der Zahl der Hörer hervorgeht. Die Unterbringung der Pädagogischen Zentralbücherei im neuen Haus bezeichnete er als besonders vorteilhaft, nicht zuletzt für die pädagogische Forschung. Abschließend erklärte er, daß sich die bisherige Tätigkeit des Instituts im stets schulfreundlichen Wien außerordentlich günstig ausgewirkt hat. Das neue Institut ist eine Kapitalanlage, die sich im wahrsten Sinne des Wortes reich verzinsen werde.

Vizebürgermeister Mandl schilderte dann, wie sich die im Jahre 1882 errichtete Volksschule in das modernste Pädagogische Institut Österreichs verwandelte. Die Wiener Stadtverwaltung stellte für den Umbau 13 Millionen Schilling und für die innere Ausgestaltung weitere 1,9 Millionen Schilling bereit. Nach zweijähriger Bauzeit ist ein Objekt entstanden, das allen Anforderungen des Studienbetriebs entspricht. Das Institut besitzt folgende Einrichtungen und Räume: die Pädagogische Zentralbücherei mit 190.000 Bänden, einen Lesesaal für 42 Personen, einen Direktionsraum, Arbeitsräume für die Angestellten und einen Büchersilo. Die Stellagen des sechsgeschossigen Büchersilos haben eine Gesamtbelaglänge von mehr als 5.000 Metern. Im Lesesaal werden Nachschlagewerke, Atlanten und pädagogische Zeitschriften aufgelegt. Ein Bücheraufzug ermöglicht es, daß jedes gewünschte Buch sofort an den Entlehner ausgegeben werden kann.

Der Große Hörsaal ist mit 300 Sitzplätzen für Lichtbild- und Filmvorführungen eingerichtet. Daneben gibt es zwei Hörsäle mit je 120 Sitzplätzen, acht Vortragsräume und einen Zeichensaal. Für Vorträge und Übungen in den Naturwissenschaften stehen folgende Einrichtungen zur Verfügung: ein Hörsaal, ein Laboratorium für Physik und Biologie, ein Laboratorium für Chemie und die dazu erforderlichen Lehrmittelzimmer, je eine Papier-, Holz-, Keramik-, Metall- und Nähtwerkstätte, ein Turnsaal und sechs Räume mit insgesamt 38 Arbeitsplätzen für die pädagogische Tatsachenforschung.

Der Schulpsychologische Dienst für die Volks-, Haupt- und Sonderschulen und der Schulpsychologische Dienst für die Mittelschulen verfügt gleichfalls über geeignete Räume. Neben Direktionsräumen und Zimmern für die Fürsorgerinnen stehen drei Testräume zur Verfügung.

Der Umbau des alten Schulgebäudes wurde nach den Plänen von Arch. Thomas Lauterbach durchgeführt. Den Festgästen wurden einige interessante Etappen der Umbauarbeiten in Lichtbildern vorgeführt.

Bürgermeister Jonas nahm dann die Eröffnung des neugestalteten Instituts vor. Er sagte: "Es ist kein Zufall, daß nach dem zweiten Weltkrieg in allen Kulturstaaten die Grundfragen der Lehrerbildung zu einem Zentralproblem der Pädagogik wurden. An dem geistigen Ringen um die Neugestaltung der Lehrerbildung nehmen nicht nur Pädagogen und Lehrer teil, auch die öffentliche Meinung tritt immer stärker in den Vordergrund.

Wo liegen die Ursachen, daß wir gerade in unserer Zeit der Bildung des Lehrers so große Bedeutung beimessen?

Die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Neuerungen und Umwälzungen stellen der Schule immer neue Bildungsaufgaben, die sie bewältigen muß. Schon allein der Zuwachs an neuen Bildungstoffen erreicht ein beängstigendes Ausmaß. Wir wissen, daß die Anforderungen an unsere Kinder, denen wir so gerne ihre Kindheit ungestört erhalten wollen, immer mehr steigen. Betrachten wir die Bildungssituation vom Standpunkt des Kindes, dann hat die Schule die wichtige Aufgabe zu erfüllen, allen Kindern die gleiche Chance für ihre Bildung zu gewährleisten und dabei die großen individuellen Unterschiede in der Begabung, im Interesse und im Lernfortgang zu berücksichtigen. Über alle Weltanschauungen und Meinungen hinweg wollen wir unsere Kinder zu lebensstüchtigen Menschen heranbilden, die in der Familie, im Beruf und in ihrer Weltanschauung ein sinnerfülltes Leben finden, die sich der sittlichen Verpflichtung gegenüber ihren Mitmenschen bewußt sind und auf Grund ihrer normalen Persönlichkeitsentwicklung in der Lage sind, frei von inneren Spannungen ein Höchstausmaß von Lebensglück aufzubauen.

Was erwarten die Eltern von den Lehrern ihrer Kinder? Der Lehrer soll gegenüber der Jugend Repräsentant der Gesellschaft und ein guter Staatsbürger sein. Im Unterricht ist er die Quelle des Wissens und der gütige Helfer im Lernprozeß. Er soll aber auch ein Künstler sein, der mit den Kindern musiziert, malt, zeichnet und formt. Er soll ein guter Handwerker sein, der selbst Lern-

und Arbeitsmittel herstellt und den Kindern bei solchen Arbeiten behilflich ist. Zur Förderung des gesellschaftlichen Lebens in der Klasse und bei Spielen ist es wieder erforderlich, daß der Lehrer Gruppenführer und Schiedsrichter ist. Für viele Kinder, die aus gestörten Familien kommen, soll er aber auch der individuelle Freund des Kindes, sein Vertrauter und der Ersatz eines Elternteiles sein. Er soll die Unbändigen dämpfen und die Furchtsamen ermutigen und anregen.

Das Antlitz der modernen Schule hat sich weitgehend geändert. Der Lehrer steht in der Erziehungs- und Unterrichtssituation vor völlig neuen Aufgaben. Er braucht daher nicht nur die erforderlichen Kenntnisse, sondern auch eine persönliche Reife und feste Haltung, die er sich selbst in der Auseinandersetzung mit seinen Berufsaufgaben erwirbt. Die Situation in der Schulstube kann nicht mit Hilfe von Rezepten gemeistert werden, sondern nur auf Grund der Einsicht eines reifen Menschen in eine gegebene Situation.

Die Bildung des Lehrers ist nicht in dem Zeitpunkt abgeschlossen, in dem er seine Erziehungs- und Unterrichtstätigkeit aufnimmt. Er kann sein Wissen und seine Lebendigkeit nur bewahren, wenn er sich dauernd weiterbildet. Der Lehrer ist ja während seiner ganzen Berufsausübung immer nur ein Gebender. Deshalb ist es gerade für ihn so wichtig, daß er nie verlernt, neue Anregungen zu empfangen und sich mit allgemeinen Problemen oder Berufsfragen auseinanderzusetzen. Die Weiterbildung des Lehrers soll sich daher nicht nur auf methodische Fragen beschränken, sondern alle Gebiete der Theorie und Praxis der Bildung umfassen.

Die Wiener Stadtverwaltung ist sich dieser hohen Aufgabe der Lehrerfortbildung bewußt und ist daher bestrebt, auch die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Mit Hilfe des erneuerten Pädagogischen Instituts als Zentrum ernster pädagogischer Arbeit soll eine moderne Auffassung in die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schulklasse einströmen.

Die Wiener Lehrerschaft hat in den Jahren der ersten Wiener Schulreform und beim Aufbau des Wiener Schulwesens nach dem zweiten Weltkrieg großen Idealismus und echte Berufsfreude gezeigt. Es ist ein schönes Zeichen, wenn fast die Hälfte der Wiener Lehrerschaft ständig die Vorlesungen und Übungen des

Instituts besucht und an den Besichtigungen und Führungen teilnimmt. Ich möchte deshalb der Wiener Lehrerschaft für diesen Idealismus danken. Die Wiener Stadtverwaltung weiß sehr gut, daß in diesem Idealismus der Motor für die Weiterentwicklung der Wiener Schule liegt.

Es ist mir aber auch ein Bedürfnis, den Dozenten und Vortragenden des Pädagogischen Instituts den Dank der Stadt Wien auszusprechen. Sie haben in den schweren Nachkriegsjahren keine Opfer gescheut, um die junge Lehrergeneration in den Geist der Wiener Schulreform einzuführen und so die Brücke zwischen der Ersten und Zweiten Republik herzustellen.

Schließlich möchte ich noch dem Architekten, den Baufirmen und den Arbeitern für die umsichtige Durchführung der Bauarbeiten meinen Dank aussprechen. Es war keine leichte Aufgabe, aber die vorbildliche Zusammenarbeit hat ein Werk erstehen lassen, das einen trefflichen Rahmen für die hier stattfindende Bildungsarbeit liefert.

Mögen die in diesem Hause Wirkenden immer daran denken, daß die Bedürfnisse der Gesellschaft, die Hoffnungen der Eltern und das Recht des Kindes auf ein glückliches und sinnerfülltes Leben, das oberste Ziel jeder Erziehung sind!"

Der festliche Akt wurde mit der Bundeshymne beendet. Am Beginn der Eröffnungsfeier sang der Lehrer A-capella-Chor Bruckners "An die Musik" und "Mein Land" von C. Lafite.

- - -

Antrittsbesuch des finnischen Botschafters  
=====

10. April (RK) Der neue finnische Botschafter in Wien Otse U. Wartiowaara stattete heute mittag Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus seinen Antrittsbesuch ab.

- - -

### Angelobung von neuen Bezirksräten

=====

10. April (RK) Heute wurden von Stadtrat Sigmund in Vertretung des Bürgermeisters im Wiener Rathaus Josef Hoffmann (12. Bezirk) und Kurt Löschl (20. Bezirk) als neu berufene Bezirksräte angelobt. Magistratsrat Dr. Schütz verlas die Gelöbnisformel. Die neuen Bezirksräte leisteten Stadtrat Sigmund mit Handschlag das Gelöbnis.

- - -

### Rinderhauptmarkt vom 10. April

=====

10. April (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 8 Ochsen, 3 Stiere, 7 Kalbinnen, Summe 18. Neuzufuhren Inland: 108 Ochsen, 286 Stiere, 759 Kühe, 181 Kalbinnen, Summe 1.334. Gesamtauftrieb: 116 Ochsen, 289 Stiere, 759 Kühe, 188 Kalbinnen, Summe 1.352. Verkauft wurden: 111 Ochsen, 289 Stiere, 759 Kühe, 186 Kalbinnen, Summe 1.345; unverkauft blieben 5 Ochsen, 2 Kalbinnen, Summe 7.

Preise: Ochsen 10 bis 12.80 S, extrem 13 bis 13.50 S, Stiere 10.80 bis 12.50 S, extrem 12.60 bis 13 S, Kühe 7 bis 10 S, extrem 10.20 bis 11 S, Kalbinnen 10 bis 12.30 S, extrem 12.40 bis 12.80 S; Beinlvieh Kühe 6 bis 7.50 S, Ochsen und Kalbinnen 8 bis 9.50 S.

Marktverkehr: Bei weiterer leichter Qualitätsverbesserung erhöhte sich der Durchschnittspreis bei Ochsen um 8 Groschen, bei Stieren um 7 Groschen, bei Kalbinnen um 2 Groschen und ermäßigte sich bei Kühen um 10 Groschen. Der Durchschnittspreis beträgt für Ochsen 11.48 S, für Stiere 11.67 S, für Kühe 8.67 S, für Kalbinnen 11.11 S; Beinlvieh notierte unverändert. In der Zeit vom 1. bis 7. April 1961 wurden 240 Rinder außer Markt bezogen.

- - -

### Ziehung der 12. Wiener Jugendhilfswerk-Lotterie

=====

10. April (RK) Heute nachmittag fand im Gemeinderatssitzungssaal die Ziehung zur 12. Wiener Jugendhilfswerk-Lotterie statt. Der Haupttreffer entfiel auf die Losnummer 130.281 (71.000 S), die weiteren Haupttreffer entfielen auf die Losnummern 169.091 (29.900 S), 250.634 (25.500 S), 341.266 (10.240 S), 33.464 (6.450 S) und 227.620 (5.670 S).

- - -

Der Internationale Gemeindeverband tagte in Wien  
=====

Bürgermeister Jonas - Vorsitzender der Europakommission der IGV

10. April (RK) Im Wiener Rathaus fand am 8. und 9. April unter dem Vorsitz des Präsidenten des Internationalen Gemeindeverbandes (IGV), Spinoy (Belgien) eine Sitzung des Exekutivkomitees des IGV statt, in deren Verlauf an Stelle des bisherigen Vertreters des Österreichischen Städtebundes in dieser Körperschaft, des Linzer Bürgermeisters Dr. Koref, der schon vor einiger Zeit um Enthebung von dieser Funktion ersucht hatte, Bürgermeister Jonas, Wien, als Vertreter Österreichs in das Exekutivkomitee gewählt wurde. Bürgermeister Dr. Koref wurde für seine mehr als ein Jahrzehnt währende Tätigkeit in der internationalen Kommunalpolitik der Dank des IGV ausgesprochen. Bürgermeister Jonas wurde außerdem zum Vorsitzenden der Europakommission des IGV bestellt, in der er gleichfalls die Nachfolge Dr. Korefs antritt. Stellvertretender Vorsitzender der Europakommission ist der Vertreter Norwegens im IGV, Direktor Evers.

Das Exekutivkomitee faßte im Rahmen seiner zweitägigen Beratungen die für die Führung des Verbandes erforderlichen Beschlüsse und beschäftigte sich insbesondere mit der künftigen Europaarbeit des IGV und jenen Problemen, die sich aus den notwendigen Maßnahmen der Technischen Hilfe, die den Städten und Gemeinden in den Entwicklungsländern gewährt werden soll, ergeben.

- - -